

Politische Bildung als Demokratiebildung

Auszüge aus dem 16. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung - Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter

1. Grundsätze

”

Der 16. Kinder- und Jugendbericht erklärt die Orientierung junger Menschen an demokratischen Werten und die Entwicklung kritischer Urteilskraft zum vornehmsten Ziel politischer Bildung. Politische Bildung sei demnach ein Prozess der Bildung von Mündigkeit, der sich am „unhintergehbaren Kern“ (Kap. 2.1.2) der Demokratie mit Prinzipien wie Gleichheit, Pluralismus, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und Minderheitenschutz orientiert. Der Bericht fordert die Unterstützung und ein deutliches Bekenntnis der politisch Verantwortlichen zu einer unverzichtbaren, an Demokratie und Menschenrechten orientierten politischen Bildung. Vor dem Hintergrund eines eindeutigen Verständnisses von politischer Bildung als demokratischer Bildung widerspricht die Bundesregierung entschieden, wenn politische Bildung unter Verweis auf ein falsch verstandenes Neutralitätsgebot in Frage gestellt wird. Im Unterschied zur plural zivilgesellschaftlichen sollte sich staatlich verantwortete politische Bildung weltanschaulich und parteipolitisch nicht positionieren. Politische Bildung ist deshalb aber nicht neutral oder gar auszuklammern. Im Gegenteil: Die staatlich verantwortete politische Bildung ist angehalten, für die demokratischen Prinzipien, die Menschenrechte und ihre grundrechtlichen Konkretisierungen einzutreten. Auch Inhalte und Programme von Parteien dürfen Bildungsgegenstand sein, so lange dies ausgewogen geschieht und keine Meinung aufgedrängt wird. Gerade angesichts gesellschaftlicher Desintegrationstendenzen ist es wichtig, Räume und Foren für den Austausch über gemeinsame Fragen des Zusammenlebens öffentlich zu fördern. (S. 9)

“

”

Mit Blick auf die Prozesse politischer Bildung und die Strukturierung dieses Berichts bedeutet dies, dass sich Bildungsprozesse in diesem Kontext häufig weniger an institutionellen oder pädagogischen Strukturen orientieren, sondern quer zu diesen verlaufen. Sichtbar wird gleichzeitig aber auch, dass die Abgrenzung politischer, sozialer oder demokratischer Bildung nicht immer trennscharf erfolgen kann. Negt [2010] spricht deshalb von Politischer Bildung als Demokratiebildung. Diese kann unabhängig vom ausgewählten Bildungskontext immer neben formalen, auch non-formalen und informellen Strukturen folgen. Wir betonen das an dieser Stelle, weil sich im Berichtsauftrag zumindest auf den ersten Blick ein differentes Verständnis von politischer und demokratischer Bildung andeutet. Demokratische Bildung – so scheint es – könnte in diesem Sinne als eine Bildung verstanden werden, die über formale Bildungsangebote hinausweist und sich normativ dabei vermeintlich direkter oder unmittelbarer an den in der Verfassung verankerten demokratischen Werten orientiert, während politische Bildung eher gegenstandsbezogen auf die Vermittlung von politischem Wissen gerichtet wäre, institutionell und pädagogisch klarer konturiert und vermeintlich neutral erscheinen könnte. Das ist bei genauerer Betrachtung der Zusammenhänge allerdings nicht der Fall. (S. 119)

“

”

Politische Bildung findet im Alltag von Kindern und Jugendlichen statt. Das Politische wird in konkreten Lebenssituationen, an spezifischen Problemen und in realen Konflikten erfahren. Politik ist kein rein rationaler Akt, sondern ist verbunden mit emotionalen Komponenten. Empathie, Engagement und Begeisterung, aber auch Verärgerung, Wut und Enttäuschung sind Bestandteile des Politischen und werden auch sinnlich und körperlich verarbeitet. Deshalb muss politische Bildung in die Milieus eingebettet sein, in denen Politik erlebt und erfahren, Konflikte ausgehandelt und Krisen durchstanden werden.

Die demokratische Zivilgesellschaft fördert diesen Prozess der Selbstbildung von Mündigkeit durch eine plurale Trägerlandschaft, die politische Bildung in den sozialen Räumen, in denen Kinder und Jugendliche leben, ermöglicht. Die Strukturen und die Inhalte dieser Angebote zur politischen Bildung spiegeln die weltanschauliche und parteiliche Vielfalt der Gesellschaft wider. Der Staat hat den Auftrag, dieses plurale Bildungssystem zu unterstützen und zu fördern. Er trägt dadurch zur Reproduktion seiner eigenen politisch-kulturellen Voraussetzungen bei.

Zusätzlich wird die politische Selbstbildung von Kindern und Jugendlichen durch staatlich verantwortete Angebote politischer Bildung unterstützt – in der Schule, in der Bundeswehr oder in der Verwaltung. Im Unterschied zu der plural zivilgesellschaftlichen darf die staatlich verantwortete politische Bildung weltanschaulich und parteilich nicht gebunden sein. Politische Bildung ist deshalb aber nicht neutral. Ihre normative Orientierung ist in den demokratischen Grundwerten, den Menschenrechten und ihren grundrechtlichen Konkretisierungen zu finden. Die Intentionen politischer Bildung sind eindeutig auf den Erhalt beziehungsweise auf die Verwirklichung der Demokratie gerichtet. Politische Bildung fördert die Parteinahme und die Widerständigkeit gegen jede Form antidemokratischer Positionierungen und Entwicklungen.

So gerät sie zwangsläufig in einen Konflikt mit Gruppierungen und Parteien, die ihre politische Programmatik von den demokratischen Grundwerten entkoppeln. Insbesondere aus solchen Kreisen wird deshalb die Auffassung kolportiert, politische Bildung müsse neutral sein. Aber sie ist es nicht und darf es nicht sein. Deshalb müssen alle bildungs- und jugendpolitisch Verantwortlichen solchen Forderungen und Kampagnen entschieden entgegentreten.

Gleichwohl darf politische Bildung von politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern nicht instrumentalisiert werden und auf Grundlage des umstrittenen Extremismusbegriffs für politische Ziele funktionalisiert werden. Politische Bildung ist im Wesen subjektorientiert und fördert die Mündigkeit von Kindern und Jugendlichen. Damit wirkt sie präventiv auch antidemokratischen Radikalisierungen entgegen. Jedoch kann die politische Bildung nicht primär für die Erziehung scheinbar defizitärer Jugendliche oder für die Abwehr potenzieller Gefährder und Gefährderinnen in Anspruch genommen werden. Prinzipiell sollte die politische Bildung auch nicht für andere politische Anliegen oder gesellschaftliche Probleme funktionalisiert werden. Auch zukünftig darf die politische Kinder- und Jugendbildung nicht marktförmig gesteuert werden.

Politische Bildung hinterfragt und kritisiert exkludierende Strukturen und befähigt Kinder und Jugendliche, für ihre Teilhaberechte im Sinne einer Inclusive Citizenship einzutreten. Politische Bildungsprozesse sind Aushandlungsprozesse. Es darf deshalb nicht nur darum gehen, Kinder und Jugendliche in bestehende gesellschaftspolitische Verhältnisse einzugliedern. Als mündige Menschen müssen sie darüber hinaus dabei gefördert werden, Herrschafts- und Machtverhältnisse zu analysieren, sich ein kritisch-reflektierendes Urteil zu bilden und Handlungsstrategien zu entwickeln, um selbst aktiv politische Prozesse zu beeinflussen. Die Angebote der politischen Bildung müssen sich an alle richten und müssen alle erreichen. (S. 71)

“

2. Partizipation & Einbindung in politische Prozesse

”

Politische Bildung und politische Partizipation stehen in einem Wechselverhältnis. Einerseits motiviert die Beteiligung an politischen Aktivitäten zur politischen Bildung. Andererseits erweitert politische Bildung das Repertoire möglichen politischen Handelns. Deshalb ist es so wesentlich, dass Kinder und Jugendliche ihre sozialen Räume (mit-)gestalten können. Politische Bildung funktioniert nicht ohne die substanzielle Beteiligung junger Menschen an den Entscheidungen über Inhalte, Zielsetzungen, Methoden und Räume politischer Bildung.

Gleiches gilt für die Gesellschaft. Die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen darf keine Scheinpartizipation darstellen. Vielmehr müssen die Maßnahmen transparent und responsiv mit den Kindern und Jugendlichen entwickelt werden. Das gesetzliche Abstimmungs- und Wahlalter sollte auf allen föderalen Ebenen gesenkt werden. Die Diskussion über eine Ausdehnung auf das passive Wahlrecht sollte darüber hinaus und unabhängig davon unter der Perspektive der Ausweitung von Gestaltungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche weitergeführt werden. Außerdem sollten weitere Modelle zur verbindlichen Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in politische Entscheidungen etabliert werden. Dies können Kinder- und Jugendparlamente oder andere Beteiligungsgremien sein, die verbindliche Rede-, Anhörungs-, Antrags-, Veto- oder Mitentscheidungskompetenzen haben. Diese Öffnungs- und Erweiterungsprozesse sind nötig und sie sind möglich, wenn sie systematisch durch politische Bildung begleitet werden.

Kinder und Jugendliche haben politische Rechte. Diese sollten garantiert werden, indem Kinderrechte umfassend umgesetzt und grundgesetzlich verankert werden. Außerdem haben Kinder und Jugendliche ein Recht auf politische Bildung. Dieses Recht ist bereits in vielen Landesverfassungen garantiert. Es sollte auch in den übrigen Bundesländern verankert werden, dass der Bildungsauftrag die Mündigkeit der Bürgerinnen und Bürger umfasst und hierfür kritisches Denken, die Achtung der Menschenwürde, die Anerkennung der Menschenrechte und der politischen Gleichheit sowie der Wille zu sozialer Gerechtigkeit sowohl durch ein eigenes Unterrichtsfach als auch durch außerschulische politische Bildung gefördert werden müssen. (S. 71 f.)

“

”

Politische Jugendbildung setzt sich zum Ziel, Jugendliche für gesellschaftliches und politisches Engagement zu ermutigen und Politik und Demokratie als veränderbar und gestaltbar zu begreifen. Dabei geht sie davon aus, dass Demokratie niemals abgeschlossen ist, sondern in ihrer Unvollkommenheit immer gestaltet und weiterentwickelt werden muss. Eine kritische politische Jugendbildung (vgl. dazu auch Kap. 2) setzt sich zum Ziel, Jugendliche dazu zu befähigen, ihre Ansprüche an Demokratie an der Wirklichkeit und der jeweils vorgefundenen Demokratie zu messen (vgl. Ballhausen 2014 S. 21; Widmaier 2013). Dies schließt ein, dass Jugendliche in ihrer Kritikfähigkeit gestärkt werden, aber auch in ihrer Fähigkeit, Visionen und Utopien für die Demokratie und die Gesellschaft zu denken. Das Ziel der politischen Bildung kann es daher niemals sein, eine möglichst angepasste Bürgerin bzw. einen möglichst angepassten Bürger hervorzubringen. Das setzt voraus, dass Jugendliche in ihren Interessen, Erfahrungen und politischen Anliegen ernst genommen werden und gesellschaftliche Konflikte in außerschulischen politischen Bildungssettings nicht neutralisiert, sondern gerade auch dort verhandelbar gemacht werden. Die in diesem Bericht beschriebenen gesellschaftlichen Megatrends (vgl. Abs. 1.1) bieten wichtige Zugänge und Anlässe für solche Bildungsangebote (S. 346)

“

3. Erfahrungsorientierung & Inhalte

”

Politische Bildung ist ein von Subjekten – in diesem Kontext von Kindern und Jugendlichen – getragener Prozess der Herausbildung von Mündigkeit, der sich an demokratischen Grundwerten wie Menschenwürde, Gerechtigkeit, Gleichheit, Frieden, Solidarität, Emanzipation und Freiheit orientiert. Politische Bildung fördert das Vermögen, die politische Wirklichkeit im Hinblick auf die Durchsetzung demokratischer Prinzipien kritisch und reflektiert zu beurteilen. Sie entwickelt die Fähigkeiten zur politischen Partizipation und zur Gestaltung von Demokratisierungsprozessen. Im Unterschied zu anderen Formen politischer Erziehung ist politische Bildung damit weder affirmativ noch neutral. Politische Bildung findet im Alltag von Kindern und Jugendlichen statt und darf nicht auf intendierte Vermittlungsprozesse von Politik reduziert werden. Das Politische wird in konkreten Lebenssituationen, anhand spezifischer Probleme und in realen Konflikten erfahren. Die politischen Selbstbildungen können als Prozesse der Politisierung und der Subjektivierung von Kindern und Jugendlichen gelesen werden, in denen Interessen, Werte, Anerkennung und Ressourcen gesellschaftlich verhandelt werden. Politische Bildung – als politisches Selbst- und Weltverstehen – findet in Form von Positionierungen innerhalb dieser gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse statt. Politik ist kein rein rationaler Akt, sondern ist verbunden mit emotionalen Komponenten. Empathie, Engagement und Begeisterung, aber auch Verärgerung, Wut und Enttäuschung sind Bestandteile des Politischen und werden auch sinnlich und körperlich verarbeitet. Deshalb kann politische Bildung auch nicht nur auf die kognitive politische Analyse- und Urteilsfähigkeit abzielen. Sie muss in die Milieus eingebettet sein, in denen Politik erlebt und erfahren, Konflikte ausgehandelt und Krisen durchgestanden werden. Die demokratische Zivilgesellschaft fördert diesen Prozess der Selbstbildung von Mündigkeit durch eine plurale Trägerlandschaft, die politische Bildung in den sozialen Räumen, in denen Kinder und Jugendliche leben, ermöglicht. Die Strukturen und die Inhalte dieser Angebote zur politischen Bildung spiegeln die weltanschauliche und parteiliche Vielfalt der Gesellschaft wider. Sie setzen an den lebensweltlichen Macht- und Ohnmachtserfahrungen und den subjektiven Positionierungen der Kinder und Jugendlichen an und eröffnen adäquate Reflexionsräume. Der Staat hat den demokratiepolitischen Auftrag, dieses plurale Bildungssystem zu unterstützen und zu finanzieren. Er trägt dadurch zur Reproduktion seiner eigenen politisch-kulturellen Voraussetzungen bei. (S. 527)

“

”

Das Konzept der Pauschalisierenden Ablehnungskonstruktionen, das sich explizit auf Jugendliche bezieht, rückt die Frage in den Mittelpunkt, wie sich Ablehnungshaltungen aufbauen. Die empirische Befundlage dazu macht deutlich, dass Wissensvermehrung allein nicht ausreicht, um solche demokratiegefährdenden Einstellungen zu verändern. Vielmehr wollen sich gerade junge Leute zugehörig und anerkannt fühlen, wollen ihre eigenen Lebensgeschicke kontrollieren und sind auf der Suche nach Teilhabe und Sinnstiftung. (S.45)

“

”

Die Träger der politischen Jugendbildung sowie anderer Handlungsfelder der Kinder- und Jugendarbeit halten eine große Vielfalt an Angebotsformen und Ansätzen vor, in denen explizite Erfahrungen politischer Bildung gemacht werden können. Die variable Kombination verändert die Bildungserfahrung für Jugendliche je nach Format oder Methodik oder auch durch den Lernort, der sich auf die Bildungserfahrung auswirken kann. (S. 347)

“

”

Seminarförmige Gruppenangebote in Bildungsstätten oder anderen außerschulischen Lernorten: Kurse, Seminare und Workshops, die in Bildungseinrichtungen stattfinden, sind von eintägiger bis zu einwöchiger Dauer. Thematisch ist hier die ganze Breite vorzufinden, vom Seminar über die anstehende Landtagswahl und von der Zukunftswerkstatt zur Stadtentwicklung über Themen wie Zivilcourage oder Antiziganismus bis hin zu Workshops über den NSU-Prozess oder zur Klimapolitik. Diese Angebote werden in großer Mehrzahl von den Trägern der politischen Jugendbildung in Bildungsstätten angeboten. Seminare können jedoch auch an anderen Lernorten, wie im Betrieb oder im Jugendhaus, stattfinden. Vielfach stehen auch keine konkreten politischen Themen im Fokus des Angebots, sondern das Seminar oder der Workshop stellen im Sinne des Demokratielernens die Erfahrung von demokratischen Gruppenprozessen in den Vordergrund, z. B. mithilfe von Betzavta-Übungen oder freigestalteten Dialoggruppen zu Themen des gesellschaftlichen Zusammenlebens in der Familie, im Dorf oder in Europa. Die Konzeption und Durchführung des Seminarangebots kann auch selbst zum Bildungsraum für die Erfahrung demokratischer Gruppenprozesse werden, indem ein Seminar selbstständig von einer Jugendgruppe von ehemaligen Teilnehmenden konzipiert und durchgeführt wird. (S. 347)

“

”

Inhaltlich erweist es sich als aussichtsreich, einen erfahrungsorientierten Ansatz zu verfolgen, der Lebensgestaltung für Kinder und Jugendliche so ermöglicht, dass von ihnen im Alltag und ggf. darüber hinaus positive Erfahrungen mit demokratischen Werten, Herangehensweisen und Verhältnissen gemacht werden können. Dies betrifft in erster Linie Erfahrungen von Kontrolle über die eigenen Lebensbedingungen, Integration in verständigungsorientierte Sozialkontexte, Sinnzuschreibung und -stiftung sowie sinnliches Erleben positiver Valenz. Begleitend ist die Eröffnung von Zugängen zu sozialen und mentalen Repräsentationen zu empfehlen, die Alternativen zu gesellschaftlich kursierenden un- und antidemokratischen Vorstellungsbildern darstellen. Dies sind intuitiv und assoziativ zugängliche Abbilder gesellschaftlicher Realität, etwa in Gestalt von symbolischen Figurationen und Metaphern, die die Einordnung von gemachten Erfahrungen und das Aufsuchen neuer Erfahrungsbereiche strukturieren. Auf der Grundlage entsprechender Erfahrungen und deren subjektiver Verarbeitungen vermögen sich Selbst- und Sozialkompetenzen zu entwickeln, die demokratischem Handeln förderlich sind, wie z. B. Reflexivität, Ambivalenz- und Ambiguitätstoleranz, Einfühlungsvermögen, verbale Konfliktfähigkeit u. Ä. m. (S. 541)

“

”

Kinder und Jugendliche erwerben demokratische Fähigkeiten nicht allein durch Aneignung kognitiven Wissens und darauf aufbauender Fertigkeiten und Kompetenzen, sondern vor allem dann, wenn ihnen soziale Räume zu gesellschaftlichem Handeln zur Verfügung stehen und sie diese für sich nutzen können (vgl. zusammenfassend Lerner u.a. 2007; Abs. 10.4.3). Selbstwirksamkeitserfahrungen, die sie dabei machen, und das Erleben, dadurch selbst nützliche und wertgeschätzte Beiträge zum gesellschaftlichen Leben zu liefern, sind politischer Identitätsbildung und Subjektwerdung ebenso wie sozialer Integration in hohem Maße zuträglich. Insofern empfiehlt es sich für Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit, sich für die Wahrnehmung entsprechenden Interessen und Engagementbereitschaft junger Menschen noch stärker zu sensibilisieren und diese systematisch aufzunehmen. Freiräume und Gelegenheiten zu längerfristig angelegten Erfahrungs- und Gestaltungsmöglichkeiten sind dabei in ihrer politischen Bildungswirkung nur punktuellen Ansätzen überlegen (vgl. ebd.). Besondere Bedeutung kommt in diesem Kontext dem Ausbau von Chancen zur Selbstorganisation und zur Selbstverwaltung in den sozialen Räumen der Kinder- und Jugendarbeit selbst sowie dem sozialen und politischen Lernen im Zuge der Übernahme von Verantwortung auch für weiterreichende Gemeinwesenangelegenheiten zu. (S. 541)

“

4. Bedingungen

”

Die Gestaltung der Aneignungsprozesse demokratischer Bildung von Kindern und Jugendlichen hängt in den hier betrachteten sozialen Räumen entscheidend von der Frage ab, inwieweit es gelingt, in den Arbeitsfeldern Ermöglichungsstrukturen herzustellen, die dafür förderlich sind. Zuständig dafür sind in erster Linie Träger und Einrichtungen sowie die bei und in ihnen beschäftigten Fachkräfte; rahmensetzend sind für solche Ermöglichungsstrukturen aber auch politische Entscheidungen. Insofern ist hier jeweils in Bezug auf die Aneignungsprozesse von Demokratie hinsichtlich Bildungsstruktur, Bildungsgegenstand und Bildungserfahrung (vgl. auch Teil C) ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu skizzieren, welche spezifischen, aber auch welche sich überschneidenden Anforderungen an Träger und Einrichtungen, pädagogische und soziale Fachkräfte sowie die einschlägig verantwortliche Politik arbeitsfeldübergreifend zu stellen sind. (S. 411)

“

”

Zur Ermöglichung von Aneignungsprozessen von Demokratie durch Bildungsstrukturen müssen grundlegend und zuallererst geeignete rechtliche, finanzielle und organisatorische Bedingungen gegeben sein. Als Aufgaben für **politische Entscheidungsträger** sind in dieser Hinsicht zu benennen:

- Finanzierung politischer Bildung weniger projektbezogen, sondern langfristig und regelstrukturell sicherstellen;
- Erweiterung des Blicks auf demokratische Bildung auch jenseits von Extremismus- und Radikalisierungsprävention;
- Überprüfung von Ausbildungsumfang und -inhalten bzgl. politischer und insbesondere demokratischer Bildung, vor allem für Erzieher und Erzieherinnen, Lehrkräfte und soziale Fachkräfte und Ressourcenbereitstellung für eine Erweiterung des Fort- und Weiterbildungsangebots;
- Förderung von Wissenschaft-Praxis-Diskursen und -Kooperationen, insbesondere bei der Entwicklung und Evaluation innovativer Ansätze;
- Förderung von Recherche- und Forschungsansätzen, die von Kindern und Jugendlichen selbst verfolgt werden können, etwa in Gestalt von Lebensraumerkundungen sowie Peer- und Erwachsenenbefragungen. (S. 411)

“

”

Für die **Träger** von Einrichtungen der OKJA und der AJ(S)A und die Einrichtungen selbst ist zu empfehlen:

- Bereitstellung angemessener personeller, finanzieller, räumlicher und organisatorischer Ressourcen bzw. Verfahrensmöglichkeiten;
- Übernahme der Verantwortung für die Evaluation der Struktur-, Konzeptions-, Prozess- und Ergebnisqualität der eigenen Praxis in Hinsicht auf demokratische Bildung, dabei insbesondere Überprüfung des Konkretisierungsgrades von Visionen und Leitlinien durch Konzeptionen und ihre Umsetzung sowie Weiterentwicklung der eigenen professionellen Haltung im Kontext des Selbstverständnisses von demokratischer Bildung;
- Etablierung einer innovations- und experimentierfreudigen Vielfalt an bedürfnis- und altersangemessenen Mitbestimmungs- und Beteiligungsformen für Nutzerinnen und Nutzer von Einrichtungen;
- Verstärkung der Gemeinwesenssensibilisierung und -verankerung von Trägern und Einrichtungen, nicht zuletzt im Sinne der gemeinsamen Übernahme von Verantwortung für die Bedingungen des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen mit anderen Einrichtungen und Trägern. (S. 411 f)

“

”

Neben der Beachtung der Leitprinzipien des jeweiligen Arbeitsfelds und von allgemeinen professionellen Grundlagen sind die **Fachkräfte** der OKJA und AJ(S)A insbesondere aufgefordert:

- zur (Weiter-)Entwicklung von Professionalität;
- und daraus abgeleitet bzw. damit zusammenhängend:
 - zu einer akzeptierenden, ressourcenwahrnehmenden, wertschätzenden und zugleich kritisch-zugewandten Haltung gegenüber den Nutzerinnen und Nutzern der Einrichtungen;
 - zur Herstellung einer tragfähigen Arbeitsbeziehung;
 - zu permanenter Reflexion und ggf. zur Änderung persönlicher und professioneller Habitualisierungen;
 - zur (Selbst-)Evaluation der eigenen Praxis;
 - zur (Weiter-)Entwicklung der Sensibilität für Verletzungen demokratischer Prinzipien wie pauschalisierender Ablehnungshaltungen, antidemokratischer Positionierungen sowie personal ausgiebter und struktureller Diskriminierungen;
 - zur Bereitschaft zu und Interesse an Qualifizierung in planerischer, angebotsinitiiertender Konzipierungsarbeit für demokratische Bildung, aber vor allem auch in situativ-anlassbezogenem und gelegenheitsstrukturellem Handeln. (S. 412)

“

5. Herausforderungen

”

Die **Politik** tut gut daran, zurückhaltend bei der Festlegung von konkreten Bildungsgegenständen zu sein; dies gilt nicht nur deshalb, weil damit gewisse thematische Ausrichtungen und ggf. auch Perspektivverengungen oder sogar Manipulationsgefahren verbunden sein können, sondern auch deshalb, weil sie aufgrund ihrer Praxisferne gar nicht in der Lage ist, deren Adressatenangemessenheit und Passgenauigkeit in Bezug auf die jeweils vorliegenden Bedürfnisse, Interessen und inhaltlichen Bearbeitungserfordernisse zu beurteilen. Sie kann aber über den Erlass von Lehr- und Orientierungsplänen, Programmleitlinien u. ä. dafür sorgen, dass bestimmte Themenfelder von Politik nicht unbehandelt bleiben. Gestützt auf wissenschaftliche Erkenntnisse kann sie darüber hinaus auch neben gesetzlichen und strukturellen Rahmensetzungen umsetzungsbezogene Anregungen geben, ohne diese als Verordnungen zu deklarieren. So kann sie z. B. diskursiv dazu beitragen, zur Absicherung einer menschenrechtsorientierten und demokratischen Prinzipien verpflichteten Praxis den Unterschied zwischen der Auslegung des für Staatsorgane und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geltenden parteipolitischen Neutralitätsgebots und den politisch bildenden Leitprinzipien des Überwältigungsverbots, des Kontroversitätsgebots und der Teilnehmerorientierung zu klären. (S. 412)

“

”

Trägerverantwortliche und Einrichtungsleitungen sind aufgrund ihrer größeren Praxisnähe eher in der Lage, Klarheit über eine bedürfnis-, interessen- und problemgerechte Auswahl von planbaren Bildungsgegenständen zu gewinnen, können diese auch an ihren Leitlinien und Programmen ausrichten, sind dabei aber letztlich auf die Abstimmung mit den bei ihnen im unmittelbaren Kontakt mit jungen Menschen tätigen Fachkräften angewiesen. Zusammen mit diesen tragen die Einrichtungsleitungen über die Gewährung tauglicher Strukturbedingungen hinaus die strategische Verantwortung für die Entwicklung einer guten Konzeptions- und Ergebnisqualität. In ihre Zuständigkeit fällt dabei (vgl. auch Möller u. a. 2019a):

- für Angebotsanbahnungen zu sorgen, indem Sozialraumanalysen und konkrete Bedarfserhebungen vorgenommen werden und es ermöglicht wird, dass politisch relevante Impulse – dabei auch jugendkulturell gerahmte, zunächst dem Anschein nach eher in der politischen Latenz angesiedelte Ausdrucksformen und Anliegen – aus dem Sozialraum aufgegriffen werden (können);
- gegenstandsbezogene organisatorisch notwendige Planungen sicherzustellen;
- Teilnahme zu erleichtern und evtl. Teilnahmehürden auszuräumen;
- dem Personal auch inhaltlich geeignete Qualifikationen zukommen zu lassen; und
- themengerechte Kooperationsbeziehungen zu (re-)aktivieren. (S. 412 f)

“

”

Die **Fachkräfte** selbst sehen sich vor die Herausforderung gestellt, eine hohe Sensibilität für die Wahrnehmung und für Nutzungschancen von Ermöglichungsstrukturen an den Tag zu legen. Grundlegend dafür ist die Fähigkeit, strategisch zu arbeiten. Dies beinhaltet, planerisch und ggf. angebotsinitierend vorzugehen, aber auch unter Nutzung von Gelegenheitsstrukturen sowie situativ-anlassbezogen aus einem erworbenen professionellen Habitus heraus spontan zu handeln. In jedem Fall ist für derartige Praxis eine

- Konzept(ions)qualität zu entwickeln, die
 - einen systematischen Bezug von Konzept(ion)en zu den jeweils gegebenen Ausgangsbedingungen aufweist;
 - eine Abstimmung von Träger-, Einrichtungs- und Team-Konzeptionen mit individuellen Konzepten von Mitarbeitenden vornimmt; und
 - die Kohärenz und Konsistenz der Angebotskonzeptionen garantiert. (S. 413)

“

6. Empfehlungen

”

Zur Förderung der Aneignungsprozesse von Demokratie als Bildungserfahrung ist zu empfehlen:

Politik sowie **Träger und Einrichtungsleitungen** können zwar durch wichtige Rahmensetzungen – letztlich allerdings nur mittelbar – dazu beitragen, ob und welche konkreten Erfahrungen demokratiebildend wirksam werden. Sie können erfahrungsorientierte Ansätze propagieren und fördern, indem sie neben den gängigen kurzzeitpädagogischen und stärker auf Informations- und Wissensvermittlung ausgelegten Angeboten die alltagseingelagerten und handlungsorientierten Lernprozesse in den Regelstrukturen und in informellen Lernfeldern absichern, sind aber an ihrer tatsächlichen Umsetzung im Regelfall nicht beteiligt oder stehen oftmals eher im Hintergrund. Dennoch tragen sie Verantwortung dafür, dass eine Ergebnisqualität gesichert wird, die die fachgerechte Ergebniserfassung gewährleistet, eine Auswertung der Resultate – am besten entlang vorab, d. h. bei der Ziele formulierung festgelegter Indikatoren – beinhaltet, die Überprüfung der Resultate auf Wirkungszusammenhänge vornimmt und in die Überführung der Resultate in Schlussfolgerungen mündet.

Fachkräfte sehen sich neben dem Auftrag, an eben dieser Ergebnisqualität mitzuwirken, und als direkte Durchführende politischer Bildungsangebote mehr als andere Beteiligte mit der Anforderung konfrontiert, eine Prozessqualität sicherzustellen, in der

- eine Grundlegung der Bildungsarbeit mittels Herstellung und Entwicklung professioneller Arbeitsbeziehungen erfolgt;
- die Berücksichtigung von Nutzer-Interessen sowie deren Ressourcen und Prozessaktivitäten gegeben ist;
- ein reflexiv-flexibler Umgang mit interaktiver Prozessdynamik gepflegt wird;
- eine ganzheitliche Anlage dahingehend zum Tragen kommt, dass kognitive wie affektiv-emotionale und korporal-sinnliche Erfahrungen ermöglicht werden; und
- Flexibilität im Umgang mit sich verändernden Rahmenbedingungen praktiziert wird. (S. 413)

“

”

Resümierend ist festzuhalten: Die gezielte Förderung demokratischer Bildung in Räumen der Offenen und Aufsuchenden Kinder- und Jugendarbeit setzt voraus, hier systematischer als bislang Ermöglichungsstrukturen für politische Aneignungsprozesse zu schaffen. Zugleich sind professionelle Qualifizierungen so voranzutreiben, dass auch in diesen offenen pädagogischen Settings – wie auch darüber hinaus im Gemeinwesen – vermehrt und intensiviert Auseinandersetzungen mit politischen Strukturen und Gegenständen angeregt werden können, in denen für junge Menschen die Vorteile demokratischer Prinzipien und Prozesse konkret erfahrbar werden. (S.413)

“

Politische Bildung ist nicht neutral und kann es auch nicht sein! *#nichtneutral*

”

Politische Bildung ist [...] nicht neutral. Im Gegenteil: Ihre normative Orientierung ist in den demokratischen Grundwerten, den Menschenrechten und ihren grundrechtlichen Konkretisierungen zu finden. Politische Bildung ist deutlich positioniert, wenn menschenfeindliche Haltungen, Ideologien der Ungleichheit und der Ungerechtigkeit oder antidemokratische Einstellungen propagiert werden. Die Intentionen (auch staatlich verantworteter) politischer Bildung sind eindeutig auf den Erhalt beziehungsweise auf die Verwirklichung des Demokratischen gerichtet. Politische Bildung fördert die Parteinahme und die Widerständigkeit gegen jede Form antidemokratischer Positionierungen und Entwicklungen. So gerät sie zwangsläufig in einen Konflikt mit Gruppierungen und Parteien, die ihre politische Programmatik von den demokratischen Grundwerten entkoppeln. Insbesondere aus solchen Kreisen wird deshalb die Auffassung kolportiert, politische Bildung müsse neutral sein. Aber das ist sie nicht und kann es auch nicht sein. Deshalb müssen alle bildungs- und jugendpolitisch Verantwortlichen solchen Forderungen und Kampagnen entschieden entgegenzutreten und ihrem pädagogischen Personal, das politische Bildung als Demokratiebildung begreift, zur Seite stehen. (S.527)

“

QUELLE



16. Kinder- und Jugendbericht
Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter.

Online unter:
<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/16--kinder--und--jugendbericht/162238>

Stand: 05.03.2021

BERATUNGSBEDARF?

Team	AGJF Sachsen e.V.
Markus Weidmüller	MUT – Interventionen
Romy Nowak	Neefestraße 82
Kai Dietrich	09119 Chemnitz
Tel. →	(0371) 533 64 24
Mail →	mut@agjf-sachsen.de
Web →	mut.agjf-sachsen.de
	facebook.com/agjf.sachsen

Diese Maßnahme wird mit Mitteln auf Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.

Getördert durch

WELTOFFENES
SACHSEN

STAATSMINISTERIUM FÜR SOZIALES
UND GESELLSCHAFTLICHEN
ZUSAMMENHALT

Freistaat
SACHSEN